

Es geht um weit mehr als um Geld

Zur Zukunft der Universitäten

■ HEINRICH SCHMIDINGER



Heinrich Schmidinger studierte Theologie und Philosophie in Rom und habilitierte sich 1984 an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck im Fach Christliche Philosophie. Seit 1993 ist Schmidinger Professor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Salzburg, zu deren Dekan er 1995 gewählt wurde. 2001 wurde er Rektor der Universität und gibt dieses Amt mit 1. Oktober 2019 an seinen Nachfolger ab. Er war von 2011 bis 2015 Vorsitzender der Österreichischen Universitätenkonferenz.

Der für die österreichischen Universitäten wichtigste Vorgang spielte sich jüngst beim Abschluss ihrer Leistungsvereinbarungen mit dem zuständigen Ministerium ab. Er geschah Ende 2018 und führte zu einer neuen Budgetierung der Universitäten gemäß dem Modell der sogenannten Studienplatzfinanzierung. Damit geht einher, dass in größerem Ausmaß als je zuvor die Bundesmittel streng Indikatoren-bezogen, damit auch transparent vergeben werden. Die Indikatoren wiederum sind in Forschung und Lehre gleichermaßen angesetzt. Je mehr eine Universität im Hinblick auf sie leistet, umso besser wird sie in Zukunft aufgestellt sein. Auf dass es auch glaubwürdig in diese Richtung gehe, musste seitens des Bundes deutlich mehr Geld als bisher in das System gepumpt werden. Dies ist im hohen Interesse der meisten Universitäten tatsächlich geschehen. Der Ball liegt nun bei diesen. Sie sind angehalten zu zeigen, dass der mit der neuen Finanzierung eingeschlagene Weg in eine für sie gute Zukunft führt.

Studienplatzfinanzierung muss nachhaltig ermöglicht werden

Bereits in zwei Jahren, sobald der Abschluss der nächsten Leistungsvereinbarung ansteht, wird es zur ersten Nagelprobe kommen – für die Universitäten und für die Hochschulpolitik gleichermaßen. Ersterer müssen nachweisen, wie sie, biblisch gesprochen, mit den „Talenten“ umgegangen sind, sie im Sinne einer Weiterentwicklung eingesetzt haben und für die nächste Periode fortzusetzen gedenken. In der Politik hingegen wird alles davon abhängen, ob und wie sie bereit ist, den nunmehr beschrittenen Weg weiterzugehen und dadurch der

Studienplatzfinanzierung im universitären Bereich Nachhaltigkeit zu verschaffen. Das ist heute alles andere als ausgemacht. Denn es wird abermals erheblicher Mittel bedürfen. Schon allein, um den gegenwärtigen Stand zu halten und abzusichern, werden Anpassungen notwendig sein, die sich im Hinblick auf ein Milliardenbudget gleich auf einige hundert Millionen belaufen dürften. Und das wird nicht genügen. Allen kompetent Beteiligten war bei der Einführung des neuen Finanzierungskonzepts klar, dass dieses im Sinne seiner Erfindung nur aufgehen könne, wenn darüber hinaus, *zusätzlich* zum jetzt Erreichten und kontinuierlich Abzusichernden, investiert würde. Das wird seitens der Politik gewollt werden müssen, und insofern darf man gespannt sein, ob die nächste Bundesregierung diesen Willen aufbringt oder den eingeschlagenen Prozess auf halber Strecke hemmt. Keine Frage, dass es im positiven Falle einer starken Vision dessen bedarf, wo es mit der Hochschullandschaft hingehen soll, sowie einer Entschlossenheit, unsere Universitäten international konkurrenzfähig zu halten.

Universitäten sind mehr als Unternehmen

Es geht jedoch um weit mehr als ums bloße Geld. Schon im Vorfeld des Abschlusses der nächsten Leistungsvereinbarungen Ende 2021 wird auch überprüft und hinterfragt werden müssen, ob das Instrument „Leistungsvereinbarung“ nicht nur richtig zum Einsatz gelangt ist, sondern ob es in sich selbst so konstruiert wurde, dass es der Einrichtung „Universität“ nützt. Dies in umfassender Hinsicht, nicht allein zum Zwecke einer besseren Finanzierung, sondern zugleich im Dienste dessen,

wofür „Universität“ insgesamt steht: für die Ermöglichung und Garantierung von wissenschaftlicher Erkenntnis und Bildung im Zeichen eines freien und kritischen Geistes, der wehen kann, wo er will. In diesem Großzusammenhang mag es zunächst trivial erscheinen, wenn sich der Fokus der Aufmerksamkeit auf die Indikatoren richten muss, gemäß derer die einzelnen Universitäten bemessen werden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass von ihrer Ansetzung und Gewichtung nichts Geringeres als der Geist abhängt, der Universitäten zu Universitäten macht. Nirgends anders entscheidet sich, ob Universitäten im ökonomischen Sinne Unternehmen sind, oder ob es sie zur Erfüllung und Gewährleistung eines höheren Anspruches gibt, unter dem selbst das scheinbar Zwecklose und Orchideenhafte seinen Platz hat.

Die Gefahr der Verteilungskämpfe

Um an einem Beispiel zu illustrieren, was gemeint ist: Naheliegenderweise erhalten die Universitäten für jene Fächer, die von vielen Studierenden belegt und vor allem prüfungsaktiv absolviert werden, mehr Geld als für jene Fächer, bei denen dies nicht der Fall ist – zusätzlich gewichtet nach den unterschiedlichen Fächergruppen. Prima vista gibt es dagegen kaum etwas einzuwenden, es zeigt sich à la longue dennoch eine fatale Konsequenz: Fächer, die sich mit ihrer Nachfrage schwerer tun als andere, werden für eine Universität – im Sinne der Vollkostenrechnung – immer teurer. Die Universität wird sich unvergleichlich mehr als bisher immer wieder fragen, ob sie sich selbige noch leisten könne und wolle. Umgekehrt verschärft sich der Legitimierungsdruck für besagte Fächer erheblich. Nicht genug: Die damit verbundenen Diskussionen führen absehbar zu inneruniversitären Verteilungskämpfen. Fächer, die einer Universität viel Geld bringen, werden dieses auch beanspruchen und kaum Verständnis dafür aufbringen, dass sie anderen, weniger dotierten Fächern unter die Arme greifen sollen. Angesichts

der immensen Kosten, die mit dem einen oder anderen Fach – in Zukunft vermehrt – einhergehen, ist ihnen diese Haltung nicht einmal zu verübeln. Trotzdem wird in einer solchen Szene der Geist einer Universität unter dem bloßen Diktat ökonomischer Gegebenheiten ausgelöscht. Wenn im Gefolge von budgetrelevanten Verteilungsindikatoren der Fall eintreten sollte, dass eine Universität ausschließlich Fächer betreibt, die sich rechnen, und auf jene Fächer verzichtet, die dies nicht tun, weil es ihnen schlicht nicht möglich ist, gibt sie sich im Sinne ihrer eigenen Erfindung auf oder wird eben etwas anderes, als sie bisher war.

Breiter Fächerkanon für Universität essentiell

Es muss nicht lange aufgezählt werden, um welche Fächer es sich hierbei handelt. Betroffen sind im unterschiedlichen Ausmaß alle, bei denen ethische, theologische, künstlerische sowie allgemein kulturell relevante Fragen im Mittelpunkt stehen. Daran zeigt sich die Tragweite der zu befürchtenden Entwicklung, die einsetzen wird, wenn es bei dem beispielhaft betrachteten Verteilungsindikator ohne Wenn und Aber bleibt. Soll es in – anderen Worten – nicht dabei enden, dass die Universität über kurz oder lang als jener Ort ausfällt, an dem es möglich und garantiert ist, ohne Rücksicht auf ein ökonomisches Kalkül sämtliche Themen wissenschaftlich zu behandeln, die in einem umfassenden Sinne zum Menschen gehören, so steht besser heute als morgen eine interessenslose Diskussion an. In dieser möge es freilich darum gehen, der sich abzeichnenden Entwicklung Einhalt zu gebieten, mehr aber noch sollte sie zu einer Besinnung auf das führen, was die Einrichtung „Universität“ ausmacht und worin diese – aus ihrer Identität erwachsend – dem Menschen, der Gesellschaft, der Kultur im Allgemeinen auf unverwechsel- und unverzichtbare Weise dient. Die Qualität der Hochschulpolitik wird daran zu bemessen sein, inwieweit sie sich an dieser Diskussion orientiert. ■

■ Die Universität steht für die Ermöglichung und Garantierung von wissenschaftlicher Erkenntnis und Bildung im Zeichen eines freien und kritischen Geistes, der wehen kann, wo er will.